Stromausfall in Gaza: Israel drängt Hamas zur Geiselfreiheit!

Israel stoppt die Stromzufuhr nach Gaza, um Druck auf Hamas zu erhöhen. Geiseln bleiben in Gefahr. Aktuelle Entwicklungen vom 9. März 2025.

Am 9. März 2025 hat Israel die Stromzufuhr nach Gaza eingestellt, um den Druck auf die Hamas zu erhöhen. Diese Entscheidung wurde vom Energieminister Eli Cohen am Sonntag bekannt gegeben. In Gaza befinden sich noch 59 Geiseln, die von der Hamas entführt wurden. Cohen betonte, dass Israel alle verfügbaren Mittel einsetzen werde, um die Geiseln zurückzubringen und erklärte, dass die Hamas am „Tag danach“ nicht mehr in Gaza sein solle. Die Maßnahme folgt auf die vorherige Entscheidung Israels, die Einfuhr von Hilfsgütern in den Gazastreifen zu stoppen, nachdem die Hamas einen Vorschlag zur Verlängerung des Waffenstillstands und zur Geiselbefreiung abgelehnt hatte. Israel drohte mit „zusätzlichen Konsequenzen“ und einer möglichen Rückkehr zum Krieg, falls

die Situation nicht geändert werde, wie **pfalz-express.de** berichtet.

Diese Entwicklungen haben eine Welle der Besorgnis unter der israelischen Bevölkerung ausgelöst, die öffentlich für die Freilassung aller Geiseln eintritt. Ein offener Brief auf Instagram warnt vor der Rückkehr des Kriegs, was das Leben der Geiseln in den Händen der Hamas bedrohen könnte. Der Appell erlangte besondere Aufmerksamkeit, nachdem ein Video eines der Geiseln, Matan Angrest, von der Hamas veröffentlicht wurde. Am 7. Oktober 2023 wurden insgesamt 251 Personen entführt, von denen 58 weiterhin in Gaza festgehalten werden, während 34 von der israelischen Armee für tot erklärt wurden. Ein Sprecher der Hamas erklärte, die Gruppe sei zur Freiheit aller israelischen Geiseln bereit, jedoch nur unter der Bedingung eines dauerhaften Waffenstillstands, wie **deutschlandfunk.de** ausführte.

Internationale Reaktionen und Verhandlungen

Die internationale Gemeinschaft beobachtet die Situation mit großem Interesse. Am 6. März 2025 bestätigte die US-Regierung erstmals Verhandlungen mit der Hamas in Doha über die Freilassung der Geiseln. Diese Gespräche erfolgen in einem komplexen geopolitischen Kontext, in dem auch deutsche Außenpolitiker wie Annalena Baerbock Stellung beziehen. Baerbock bezeichnete die mögliche Vertreibung von Palästinensern als inakzeptabel, während andere Stimmen, wie der Antisemitismusbeauftragte Klein, eine internationale Verwaltung des Gazastreifens befürworten.

Parallel dazu haben arabische Staatschefs in Kairo einen Plan für den Gazastreifen präsentiert, der die langfristige Ansiedlung von Palästinensern vorsieht und umfangreiche Wiederaufbauprojekte beinhaltet, welche mit Gesamtkosten von 53 Milliarden Dollar veranschlagt werden. Allerdings lehnen sowohl Israel als auch die US-Regierung diesen Plan ab, während die Hamas ihn positiv

aufnimmt. Inmitten dieser Verhandlungen und Meinungsverschiedenheiten ist die humanitäre Lage im Gazastreifen zunehmend besorgniserregend, was durch frühere militärische Operationen und wiederholte Angriffe auf zivilen Einrichtungen die Situation weiter verschärft, wie **lpb-bw.de** detailliert beschreibt.

Details	
Quellen	• **www.pfalz-express.de** • **www.deutschlandfunk.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de